

Kritik an DGB-Statement

Uneinigkeit beim Ostermarsch

Rund 1200 Teilnehmer fordern Abrüstung und Frieden in der Ukraine – Kritik an DGB-Erklärung



Viele der insgesamt rund 1200 Teilnehmer des Ostermarsches blieben bis zur Kundgebung auf dem Marktplatz.

NINA WILLBORN

Bremen. Die ukrainischen Farben an Rathaus, Bürgerschaft und Handelskammer waren am Sonnabendmittag ein beliebtes Motiv für die obligatorischen Smartphonebilder der Bremen-Touristen auf dem Marktplatz. Wenig später dominierten rund um den Roland Regenbogenfahnen, die weiße Taube auf blauem Grund, das Symbol auch des Bremer Friedensforums und Banner mit den politischen Forderungen des Ostermarschs: „Frieden schaffen ohne Waffen“, „Nein zu Militarisierung und Aufrüstung“.

Rund 1200 Teilnehmer waren laut der Leitstelle der Polizei in der Spitze dem Aufruf des Friedensforums zur Demonstration durch die Innenstadt gefolgt – angemeldet hatten die Veranstalter wie in den Vorjahren rund 500. Der Marsch vom Friedenstunnel in Richtung Marktplatz und die anschließende Kundgebung verliefen laut den Einsatzkräften ohne Störungen – dafür aber gab es inhaltliche Differenzen.

Christian Wechselbaum, Regionalleiter der IG Bau Weser-Ems und für den Deutschen Gewerkschaftsbund vor Ort, richtete ein Grußwort von DGB-Geschäftsführer Ernesto Harder aus. Darin würdigte er unter anderem den Mut russischer Demonstranten und sagte, militärische Friedenssicherung dürfe keine sozialen Nachteile bedeuten. Für seine Worte kassierte er von einigen der Teilnehmer Gegenrufe. Auch Barbara Heller aus dem Vorstand des Friedensforums kritisierte per Mikrofon, Wechselbaums Statement sei „ein Beitrag für Aufrüstung“ und damit nicht im Sinne des Friedensforums gewesen. Das habe man sich anders gewünscht.

Zuvor hatten sich Gunhild Berdal von der Hamburger Volksinitiative gegen Rüstungsexporte und der Linken-Bundestagsabgeordnete Sören Pellmann aus Leipzig in ihren Reden für Abrüstung und schnelle Friedensgespräche zwischen Russland und der Ukraine ausgesprochen. „Wir warnen seit Jahren, dass Aufrüstung zu Krieg führen kann“, sagte Berdal. Auch dürfe man in der aktuellen Situation nicht alle Brücken nach Russland abbrechen. „Städtepartnerschaften sollte man jetzt beleben und ausbauen“, forderte sie.

Pellmann verurteilte den russischen Einmarsch in die Ukraine und kritisierte, EU und Nato agierten seit Jahren an der Ostgrenze in Richtung Eskalation. „Der einzige Profiteur ist die Rüstungsindustrie“, sagte er. „Wer Waffen liefert, will keinen Frieden, sondern macht sich schuldig, dass Verhandlungslösungen in weite Ferne rücken.“ Er warf auch der Bundesregierung vor, sie mache Deutschland durch Waffenlieferungen in die Ukraine zur Kriegspartei, „anstatt eine wichtige Rolle als Vermittler einzunehmen“.

Dass die Linksfraktion im Bundestag die einzige Fraktion sei, die den 100 Milliarden Euro schweren Aufrüstungsetat ablehne, „gibt mir sehr zu denken“, sagte Pellmann, der speziell die Grünen in der Bundesregierung, Außenministerin Annalena Baerbock und Wirtschaftsminister Robert Habeck anging: „Ihr seid schon lange keine Friedenspartei mehr.“

Björn Fecker, Bremer Fraktionschef der Grünen, der vom Wochenendeinkauf kam und an der Kundgebung vorbeimusste, quittierte sie mit genervtem Kopfschütteln. Er war nicht der einzige: Auch Fraktionskollege Thomas Pörschke hatte die Veranstaltung im Vorfeld in den sozialen Medien kritisiert. „Wir führen eine intensive Diskussion über den Ukraine-Krieg, aber es ist keine Person aus der deutsch-ukrainischen Gemeinde als Redner eingeladen. Das finde ich neben einigen anderen Dingen befremdlich“, sagte er.

Die Positionen der Friedensbewegung hatten im Vorfeld der Ostermärsche in vielen Städten für Diskussionen und Kritik im linken Politikspektrum gesorgt. Angesichts des Krieges stoßen strikt pazifistische Forderungen – wie sie auch das Bremer Friedensforum erhebt – keine Waffen in das von Russland angegriffene Land zu liefern, die Bundeswehr nicht aufzurüsten und die traditionelle Kritik an der Nato bei einigen auf Unverständnis. Teile des Friedensforums wiederum sehen die bisherigen Ukraine-Kundgebungen kritisch. Anders als in Vorjahren hatten in diesem Jahr auch die Gewerkschaften zwar zur Teilnahme am Ostermarsch aufgerufen, dies allerdings mit eigenen Appellen und nicht gemeinsam mit dem Friedensforum.
